

Das Magazin für den
öffentlichen Dienst

Oktober 2024

hauptstadt magazin



dbb Liste
„Gemeinsam
für Berlin“ wählen!



dbb
beamtenbund
und tarifunion
berlin



© dbb berlin

Inhalt

Veranstaltungen

Parlamentarischer Frühschoppen	4
Personal- und Betriebsrätekonferenz	6

Personalratswahlen

Hier braucht es einen Personalrat	8
Vor der Wahl ist nach der Wahl	10

Initiativen

Info zum Umgang mit Cannabis	12
Korrekturbedarf beim Sonderurlaub	12
Hitzeschutz-Appell zeigt erste Wirkung	12

Rechtsprechung

Inflationsausgleich während der Elternzeit	13
Dienstunfall „Wespenstich“	13

Senioren

Besuch im Abgeordnetenhaus	14
----------------------------	----

Unterhaltung

Preisrätsel	15
-------------	----

Zum guten Schluss

Volle Unterstützung für den Justizvollzug	16
Elektronische Wohnsitzanmeldung	16

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

wie schon in der September-Ausgabe des hauptstadt magazins stehen auch in diesem Heft die anstehenden Personalratswahlen im Mittelpunkt der Berichterstattung. Wir erläutern, wie sich die Arbeit von Gewerkschaften und Personalvertretungen sinnvoll ergänzt. Außerdem hat eine Personalrätekonferenz des dbb berlin im September stattgefunden, bei der unter anderem die Fortentwicklung des Berliner Personalvertretungsrechts auf der Agenda stand. Abgerundet wird der Themenkomplex durch einen Wahlaufruf der beiden dbb Mitglieder in der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung, Kim Flader und Anne-Cathrin Horak (beide DSTG).

Deutliche Worte wegen verschleppter politischer Maßnahmen fielen in Richtung Berliner Senat beim traditionellen Parlamentarischen Frühschoppen des dbb berlin, der Ende August bereits in seine 8. Runde ging. Umso unverständlicher, dass der dbb berlin noch einmal beim Regierenden Bürgermeister nachfassen musste, damit wenigstens endlich Klarheit darüber geschaffen wird, welche Senatsverwaltung die Gewalt gegen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dokumentiert. Schon viel zu lange scheitert eine Dienstvereinbarung, die die Beschäftigten schützen soll, an einem skandalösen Behördenpingpong wegen der Dokumentation.

Wir berichten außerdem über einen Besuch unserer Senioren im Abgeordnetenhaus von Berlin und über ein interessantes Urteil in Sachen Inflationsausgleich während des Elternurlaubs.

Viel Vergnügen beim Lesen und vergessen Sie nicht, im November beziehungsweise Anfang Dezember für den dbb berlin und seine Mitgliedsgewerkschaften zu stimmen.

Ihr

Frank Becker,
Landesvorsitzender dbb berlin

Impressum

Das hauptstadt magazin – hm – ist ein Informationsdienst des dbb beamtenbund und tarifunion berlin für die Beschäftigten im Berliner Landesdienst und der Bundesverwaltung.

Verantwortlich i. S. d. P.: Frank Becker, p. A. dbb berlin, Alt-Moabit 96 a, 10559 Berlin.

Redaktion: Annemarie Wellige. Telefon: 030.3279520.

Telefax: 030.32795220. Internet: www.dbb.berlin.

E-Mail: post@dbb.berlin. Einzelmitglieder in den Fachgewerkschaften und -verbänden des dbb berlin erhalten das hm kostenlos zugesandt.

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem DBB Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: post@dbb.berlin.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacyber, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacyber@

dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea

Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition:

Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 21,

gültig ab 1.1.2024. Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH &

Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.

Layout: FDS, Geldern. Fotos: wie angegeben.

Titelbild: kebox/stock.adobe.com

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.



8. Parlamentarischer Frühschoppen des dbb berlin

„Es wird Zeit, dass mal einer auf den Tisch haut ...“

... brachte der dbb Landesvorsitzende Frank Becker den Unmut bei den Beschäftigten des Berliner Landesdienstes über verschleppte politische Maßnahmen unmissverständlich zum Ausdruck.



Viel Beifall für Frank Beckers Eröffnung

Bei seiner Eröffnung des traditionellen dbb Frühschoppens am 31. August 2024 im Paulaner am Spreebogen kritisierte er beispielhaft, dass die längst überfällige Dienstvereinbarung zur Abwehr von Gewalt gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesdienstes wegen eines „Zuständigkeitspingpongs“ innerhalb der Senatsverwaltungen immer noch nicht in trockenen Tüchern ist.

Langjährige Versäumnisse

Es war auch nicht der erste Frühschoppen, bei dem Becker den Senat aufgefordert hat, für eine amtsangemessene Alimentation seiner Beamtinnen und Beamten zu sorgen. „Die Landesbeschäftigten ar-

beiten nach dem Grundgesetz und können erwarten, auch danach besoldet zu werden“, lautete sein neuerlicher eindringlicher Appell.

Schließlich sei auch das Gesetz zur Anpassung der Berliner Besoldung immer noch nicht im Abgeordnetenhaus angekommen. Der dbb berlin erwarte hier endlich deutliche Schritte zur Anpassung der Landesbesoldung an die des Bundes.

Beitrag der Bürger gefragt

Aufhorchen ließ im Anschluss an die offenen Worte von Landeschef Becker auch die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Cornelia Seibeld, die erneut die Schirmherrschaft über den dbb Frühschoppen übernommen hatte. Seibeld forderte vor dem Hintergrund, dass Stadt und Verwaltung wieder besser funktionieren müssten, ein gemeinsames Vorgehen von Parlament und Senat mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes. Gefragt sei aber auch ein konkreter Beitrag der Bürgerinnen und Bürger. Wenn es beispielsweise um eine saubere Stadt gehe, sei nicht nur die öffentliche Stadtreinigung gefordert, sondern durchaus auch die, die für den Dreck sorgten.

Funktionsfähigkeit sichern

Finanzstaatssekretär Wolfgang Schyrocki hielt anschließend dem offensichtlichen Unmut des dbb berlin über verschleppte politische Entscheidungen ent-



Cornelia Seibeld sieht auch die Bürger in der Pflicht.

gegen, dass die amtierende Landesregierung bereits mehr als ein Dutzend Maßnahmen, unter anderem im Laufbahn- und Besoldungsrecht, auf den Weg gebracht hat, um insbesondere die Funktionsfähigkeit des Landesdienstes zu sichern. Darüber hinaus sei ein riesiger Maßnahmenkatalog zur Verwaltungsreform erarbeitet worden. Denn in dem Zusammenhang gelte es „jeden Stein umzudrehen – in jeder Behörde“, skizzierte Schyrocki das enorme Ausmaß der Aufgabe.

Genug Diskussionsstoff für die rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer boten die drei Eingangsstements allemal. Aber auch zum gegenseitigen Kennenlernen und Austausch oder auch zum Vertiefen von Kontakten bot die Veranstaltung jede Menge Gelegenheit – und das in lockerer und entspannter Atmosphäre.

Buntes Teilnehmerfeld

Anwesend waren aus dem Senat neben Staatssekretär Schyrocki auch Staatssekretärin Tanja Mildenberger (Finanzen) und die Staatssekretäre Dirk

Feuerberg (Justiz) und Falko Liecke (Jugend und Familie). Fast alle Parteien und Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses hatten Vertreter entsandt und auch der Vorstand des Hauptpersonalrats war zahlreich repräsentiert. Begrüßen konnte dbb Landeschef Becker darüber hinaus Vertreterinnen und Vertreter der Berliner Stadtgesellschaft und natürlich viele Amtsträger aus der dbb Familie, unter ihnen der stellvertretende Bundesvorsitzende Volker Geyer und die Landesvorsitzenden von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, Ralf Roggenbuck und Dietmar Knecht, sowie der Bundesvorsitzende der dbb jugend, Matthäus Fandreyewski.

Bewährtes Format

Am Ende der Veranstaltung bedankte sich Frank Becker bei den Partnern des dbb berlin (BBBank, HUK, Debeka, DBV AXA, Signal Iduna, SwissLife, DBB Verlag und dbb betreuungsverein berlin), die auch diesen Parlamentarischen Frühschoppen unterstützt haben. Außerdem stellte er zufrieden fest: „Das Format unseres Frühschoppens hat sich wieder einmal bewährt.“



© Jet-Foto/Kranert (4)

Wolfgang Schyrocki zog eine positive Bilanz über die Arbeit der Landesregierung.

Jetzt ist der Regierungschef gefragt!

Weil die Rahmendienstvereinbarung wegen einer behördeninternen Auseinandersetzung über die Dokumentation verschleppt wird, hat der dbb berlin an den Regierenden Bürgermeister Kai Wegner geschrieben:

„Der dbb berlin hat angesichts der ausufernden Gewalt keinerlei Verständnis mehr dafür, dass es in Berlin noch immer keine zuständige Stelle für die Dokumentation von Gewalttaten gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gibt. Der dbb berlin wertet diese regierungspolitische Uneinigkeit im Angesicht der wachsenden Gefahren für Leib und Leben der Landesbediensteten als absolut leichtfertig und skandalös.“

Und weiter:

„Aus unserer Sicht besteht kein Zweifel, dass diese Aufgaben bei der Landeskommission ‚Berlin gegen Gewalt‘ angesiedelt werden muss. Hier ist die Senatsverwaltung für Inneres und Sport ganz vorne in der Verantwortung.“

Und schließlich:

„Wertschätzung des Landes Berlin gegenüber seinen Beschäftigten, sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister, sieht anders aus. Und daher erwarten wir von Ihnen, dass Sie sich als Landeschef so schnell wie möglich zum Schutze der Kolleginnen und Kollegen einsetzen.“



Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin

Gewaltproblem bleibt auf der Tagesordnung

„Die Planung des dbb berlin war eigentlich, dass wir heute die Rahmendienstvereinbarung ‚Keine Gewalt gegen Beschäftigte‘ als kleine Broschüre übergeben wollten“, führte dbb Landeschef Frank Becker sichtlich verärgert über die verschleppte Regelung bei der Eröffnung der Personal- und Betriebsrätekonferenz des dbb berlin am 18. September 2024 aus. Der dbb berlin habe jetzt einen schriftlichen Appell an den Regierenden Bürgermeister gerichtet, endlich für die Verabschiedung dieser wichtigen Vereinbarung zum Schutz der Beschäftigten zu sorgen.

Auch Finanzsenator Stefan Evers betonte in seinem anschließenden Grußwort die dringende Notwendigkeit prophylaktischer Maßnahmen gegen die Gewalt gegenüber den Beschäftigten des Landes.

Keine Rasenmähermethode

Entschlossen zeigte sich der Senator darüber hinaus, den aus dem Ruder gelaufenen Landeshaushalt, in dem eine Lücke von mehreren Milliarden Euro klafft, wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Bei den notwendigen Einsparungen soll aber nicht nach der Rasenmähermethode vorgegangen werden. Bei dem 1,2 Milliarden Euro schweren Kostenblock Personal seien keine Spielräume vorhanden. „Das Haushaltsloch kann nicht über die Personalausgaben beseitigt werden“, so der Senator. Stattdessen würden gegenwärtig alle Aufgaben auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.

Dies sei umso notwendiger, als das Land auch mit Personalmangel zu kämpfen habe. Hier habe man in der Vergangenheit versäumt, rechtzeitig Vorsorge für die vorhersehbaren Personalabgänge zu treffen. In der jetzigen Zeit eines generellen Arbeitskräftemangels seien die fehlenden Kräfte nicht mehr ausreichend zu ersetzen. Umso mehr gelte es, Aufgabenkataloge zu durchforsten, Aufgaben abzubauen und die vorhandenen Ressourcen richtig zu verorten.

Wichtiger Arbeitsschutz

Bei den Sachvorträgen der Konferenz, die in regelmäßigen Abständen vom dbb berlin zur vertiefenden Information seiner Personal- und Betriebsräte durchgeführt wird, lag ein Fokus auf dem Thema „Gewalt im öffentlichen Dienst“. Dirk Fütting von der Unfallkasse Berlin löste in dem Zusammenhang mit einem gelungenen Überblick den Zuständigkeitswirrwarr im Ar-

beitsschutz nach Gewaltvorfällen auf: Wann liegt überhaupt ein Dienst- oder Arbeitsunfall vor? Wer zahlt aufgrund welcher gesetzlichen Grundlage? Und wie wird dabei zwischen physischer und psychischer Gewalt unterschieden?

Vorbeugende Maßnahmen im Justizvollzug

Auf Prävention zielte dagegen der anschließende Vortrag des Staatssekretärs für Justiz, Dirk Feuerberg, ab, der den aktuellen Sachstand bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im Justizbereich vortrug. Nachdem es allein im Justizvollzug in den letzten Monaten zu 26 Straftaten gegen Bedienstete und deren Eigentum gekommen ist, seien schnell und zügig Schutzmaßnahmen umgesetzt worden. Dazu zählen unter anderem zusätzliche Videokameras, Parkmöglichkeiten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter innerhalb der Justizvollzugsanstalten sowie auch Kennzeichen- und Auskunftssperren. Darüber hinaus wurde die Polizeipräsenz erhöht.

Fortentwicklung des Landespersonalvertretungsgesetzes

Neben der Gewalt gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes war die Fortentwicklung des Personalvertretungsrechts Berlin das zweite Kernthema der Konferenz. Ellen Cavdarci, die für das Landespersonal zuständige Abteilungsleiterin in der Senatsverwaltung für Finanzen, berichtete, dass nicht weniger als 100 DIN-A4-Seiten an Änderungsvorschlägen der Beschäftigtenvertretungen in der Abteilung vorlägen. Bis November sollen sie abgearbeitet sein und gegebenenfalls in einen Referentenentwurf einfließen. Durchaus positiv äußerte sich Cavdarci in diesem Zusammenhang zu dem Vorschlag des dbb berlin, die Freistellung von Personalratsmitgliedern bereits ab einer Beschäftigtenzahl von 200 zu ermöglichen. Unkritisch werde auch die Anregung des dbb berlin gesehen, die Legislaturperiode der Perso-



Finanzsenator Evers will nicht an den Personalkosten sparen.



Ellen Cavdarci sprach zur Reform des Landespersonalvertretungsgesetzes.



Kleine Waffenkunde mit Dirk Schöppl

nalräte auf fünf Jahre zu verlängern. Einigkeit herrschte auch in einer ganz anderen Frage: Die Verbeamtung von Tarifpersonal muss dringend an Fahrt aufnehmen.

Kaum Erfolgsaussichten bei verschärftem Waffenrecht

Durchschnittlich zehn Messerattacken pro Tag in Berlin waren Grund genug für den dbb berlin auch das Waffenrecht im Rahmen der Konferenz beleuchten zu lassen, und zwar durch den Sachverständigen für Waffen und Munition, Dirk Schöppl.

Das Resultat von Schöppls detaillierter Analyse: Die Verschärfung des Waffenrechts wird kaum Abhilfe schaffen, zumal die Täter weit überwiegend illegal handeln. Es gelte vielmehr, zur Eindämmung von Messerangriffen das Strafrecht zu verschärfen und konsequent Abschiebungen vorzunehmen. Schärfere Kontrollen fänden ihre Grenzen beim Personalmangel im Sicherheitsbereich.

Auch wenn Schusswaffengebrauch vorliegt, handeln die Täter fast immer mit illegalen Waffen, führte Schöppl weiter aus. Allein in Berlin dürften davon 1,5 Millionen in Umlauf sein. Die illegalen Schusswaffen werden aus der Türkei und dem Westbalkan importiert, werden über das Darknet bezogen oder werden auch mithilfe von 3D-Druckern selbst zusammengebastelt. Insofern gilt auch hier, dass verschärfte Waffengesetze wenig ausrichten können. Wiederrum muss in erster Linie bei den Tätern angesetzt, das heißt durch höhere Strafen auf Abschreckung gesetzt werden.



Staatssekretär Dirk Feuerberg (links) und Dirk Fütting von der Unfallkasse Berlin griffen interessante Aspekte der Gewaltproblematik auf.

© dbb berlin (4)

Insgesamt hat die Konferenz den rund 90 Teilnehmern viele verschiedene Aspekte des Phänomens der wachsenden Gewalt in unserer Gesellschaft und speziell gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgezeigt. Darüber hinaus wurde ein interessanter Einblick in aktuelle Vorhaben der Senatsverwaltung für Finanzen geboten. ■



Darum braucht es Ihren Personalrat ...

- > weil er mit der Dienststellenleitung auf Augenhöhe verhandelt und über der Einhaltung von Recht und Gesetz wacht. Deshalb sind Personalratsmitglieder unverzichtbar, die Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen genau zuhören, um der Dienststellenleitung erklären zu können, was für Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen richtig und wichtig ist.
- > weil er über die Beachtung der Schutzgesetze für die Beschäftigten wacht. Denn immer mehr Beschäftigte leiden unter Arbeitsverdichtung und gestiegenen Anforderungen. Darum ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz eines der Hauptarbeitsfelder des Personalrats. Ein weiteres ist der Datenschutz. Daten können nahezu unbegrenzt verknüpft werden, auch solche über Ihr Verhalten und Ihre Leistung am Arbeitsplatz. Hier braucht es die mäßige Kontrolle durch Ihren Personalrat.
- > um verbesserte Arbeitsbedingungen in der Dienststelle durchzusetzen. Ihr Personalrat kann sich um eine gesundheitsförderliche Ausstattung der Büroräume und Arbeitsplätze kümmern oder Maßnahmen zu Ihrem Schutz vor tätlichen Übergriffen durch Kunden in Servicebereichen einfordern. Der Personalrat ist nicht zuletzt auch Ihr Fürsprecher und ausgleichender Moderator, wenn es um „kleine“ Dinge im Dienststellenalltag geht – das reicht vom Radiohören über die Parkplatznutzung und Urlaubsregelungen bis hin zu Bekleidungs Vorschriften und Zielvereinbarungs- oder Krankenrückgesprächen.
- > ne durchführen, Spitzengewerkschaften wie der dbb beeinflussen darüber hinaus durch politische Lobbyarbeit und fachliche Stellungnahmen, Gesetzgebungsverfahren zugunsten ihrer Mitglieder.
- > Den Personalrat ersetzt das aber nicht! Zwar hat auch Ihre Gewerkschaft über Vertrauensleute in den Dienststellen ein offenes Ohr für Probleme vor Ort, die speziellen Arbeitsbedingungen in Ihrer Dienststelle regeln können sie dagegen nicht. Das ist die ureigene Aufgabe Ihres Personalrats!
- > Denn Ihr Personalrat – nicht die Gewerkschaft – ist Partner der Dienststellenleitung. Tarifpartner verankern deshalb auch gern sogenannte Öffnungsklauseln in Tarifverträgen, denn dann können die Personalräte noch die Feinjustierung – angepasst an die Bedürfnisse der Beschäftigten der einzelnen Dienststellen – vornehmen.
- > Allerdings unterstützt Ihre dbb Gewerkschaft den Personalrat nach Kräften: Auf Wunsch von Personalratsmitgliedern kann sie beratend an den Personalratssitzungen teilnehmen oder auch ein Personalratsmitglied kann sich von seiner Gewerkschaft beraten lassen – beides natürlich unter Einhaltung der Schweigepflicht. Ein wichtiges Handlungsfeld der Gewerkschaft ist auch die Schulung von Personalratsmitgliedern.

... und darum braucht es Personalrat und Gewerkschaft!

- > Ihre Gewerkschaft schützt Sie an anderer Stelle und auf andere Weise. Sie schließt beispielsweise Tarifverträge ab und kann Streiks für höhere Löh-

Personalratsarbeit muss neutral sein!

Ein Personalratsmitglied muss allerdings, auch wenn es einer Gewerkschaft angehört, sein Personalratsamt absolut neutral ausüben. Es wird zwar meist über eine Gewerkschaftsliste in den Personalrat gewählt und es darf sich auch dann noch für seine Gewerkschaft betätigen. Aber dabei gilt: Gewerkschaftsarbeit und Personalratsarbeit sind strikt voneinander zu trennen! ■

Ihre Stimme entscheidet!

Eine hohe Wahlbeteiligung stärkt Ihrem Personalrat den Rücken in den Verhandlungen mit der Dienststellenleitung.

Je mehr Beschäftigte den Personalrat durch ihre Wahl mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragen, umso nachdrücklicher kann er sich für Sie und Ihre Kolleginnen und Kollegen einsetzen.

Welchen Personen Sie diese Aufgabe für die kommenden vier Jahre anvertrauen, entscheiden Sie mit Ihrer Stimme.

Mit den Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften treffen Sie eine gute Wahl.

Denn sie sind:

- > kompetent, weil sie fachkundig und sachbezogen geschult werden und jederzeit auf die Erfahrung des dbb und ihrer dbb Fachgewerkschaft zugreifen können,

- > objektiv, weil für sie nur die Sache ausschlaggebend ist,
- > weisungsfrei, weil sie sich beraten, aber nicht dirigieren lassen,
- > parteipolitisch unabhängig, weil Parteipolitik im Personalrat nichts zu suchen hat,
- > engagiert, weil sie das Beste für Sie herausholen wollen.

Entscheiden Sie sich für sachliche und sachverständige Personalratsarbeit. Wählen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten der dbb Gewerkschaften auf der Liste 2 „Gemeinsam für Berlin“!





Anwärter und Auszubildende

Vor der Wahl ist nach der Wahl!

Die JAV-Wahlen sind kaum gelaufen, da werden Anwärter und Auszubildende im öffentlichen Dienst im November erneut zur Stimmabgabe aufgerufen – nämlich bei den dann anstehenden Personalratswahlen im Land Berlin.

Ganz unproblematisch ist das allerdings nicht, wie das hauptstadt magazin im Gespräch mit den beiden erst kürzlich in die Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung gewählten DSTG-Mitgliedern Kim Flader und Anne-Cathrin Horak erfuhr.

Das komplexe Regelwerk der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst ist nämlich vielen jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wenig geläufig und damit auch der Sinn des neuerlichen Urnengangs.

„Entscheidend dafür ist“, erläutern die beiden Steuerbeamtinnen, „dass die Jugend- und Auszubildendenvertretungen keine personalvertretungsrechtlich

wirksamen Beschlüsse fassen können, sondern stattdessen über ein Antragsrecht verfügen, um jugendspezifische Anliegen zur Beschlussfassung in die Personalräte einzubringen. Daraus folgt, dass es für Anwärter und Azubis wichtig ist, zweigleisig zu fahren. Das heißt, zunächst gilt es, auf JAV-Ebene die spezifischen Anliegen der Jugend zu definieren und sie dann mit entsprechenden Anträgen in die Personalräte hineinzutragen. Bei den Personalratswahlen geht es dann darum, die Zusammensetzung der Personalräte mitzubestimmen. Dabei sollte natürlich eine Rolle spielen, wie die Gewerkschaften der Kandidatinnen und Kandidaten jugendpolitisch aufgestellt sind.

Anne-Cathrin Horak und Kim Flader rufen auch zu den Personalratswahlen auf (von links).

Erfolg mit Sachinformationen

Niemand weiß besser, wie wichtig es ist, die beschriebenen Verfahren verständlich zu kommunizieren, als die beiden Hauptjugend- und Auszubildendenvertreterinnen der DSTG. Sie konnten nämlich bei den zurückliegenden JAV-Wahlen in Berlin ganz entscheidend damit punkten, dass sie sich in den Finanzämtern nicht nur persönlich vorgestellt haben, sondern zunächst einmal rein sachlich über Aufgaben und Struktur der JAV informiert haben.

„Wir haben in allen ausbildenden Finanzämtern die Wissenslücken über Ebenen und Zuständigkeiten der JAV bei den Anwärtern schließen können, was auch sehr gut angekommen ist“, skizziert Flader die Wahlkampagne der beiden frischgebackenen HJAV-Mitglieder. „Zumindest lässt die gegenüber den letzten Wahlen um gut zehn Prozent gestiegene Wahlbeteiligung erkennen, dass unsere Erläuterungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind.“ Tatsächlich konnte bei den diesjährigen HJAV-Wahlen eine Beteiligung von stolzen 61,5 Prozent erreicht werden.

Hauptproblem: bezahlbarer Wohnraum

Natürlich haben Kim Flader und Anne-Cathrin Horak bei ihrer Wahlkampagne auch ihre Kernforderungen für junge Menschen im öffentlichen Dienst präsentiert. Beide verfügen über Erfahrungen sowohl im praktischen Dienstbetrieb als auch in der örtlichen beziehungsweise Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung der Finanzämter und wissen, wo der Schuh am heftigsten drückt. „Vor allem fehlt es an bezahlbarem Wohnraum. Mietzahlungen von 900 Euro für eine Einzimmerwohnung in Berlin sind bei Anwärterbezügen von 1.317 beziehungsweise 1.377 Euro, die Steuerbeamte in der Ausbildung zum

mittleren beziehungsweise gehobenen Dienst erhalten, einfach nicht zu bezahlen“, nennt Anne-Cathrin Horak die traurigen Fakten. Aber auch eine veraltete Hardwareausstattung in den Ämtern, die Begrenzung der Anwärtersonderzuschläge auf nur wenige Bereiche des öffentlichen Dienstes und fehlende Fahrtkostenerstattungen zählen zu den Problemen, die jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf den Nägeln brennen.

Um den JAV-Forderungen Nachdruck zu verleihen, ist es deshalb wichtig, über die anstehenden Personalratswahlen Einfluss auf die Zusammensetzung der Personalräte zu nehmen.

Aufruf zu den Personalratswahlen

Flader und Horak jedenfalls wollen die Jugendlichen erneut zur Wahl aufrufen – dieses Mal über von jungen Menschen bevorzugte Informationskanäle wie Instagram. „Das ist umso nötiger“, betonen beide, „als die Anwärter und Azubis, die im Herbst eingestellt werden, natürlich kaum Kenntnisse in Sachen Mitbestimmung mitbringen werden.“

Umso wichtiger, dass es Jugendvertreterinnen wie die beiden Berliner DSTG-Frauen gibt, die sich dem Dienst an der Sache verschrieben haben und die besonderen Belange der jungen Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit großem Engagement vertreten.

Das hauptstadt magazin wünscht den beiden sympathischen Frauen viel Erfolg – generell bei ihrer Arbeit in der HJAV und speziell, was ihr Engagement für eine möglichst hohe Wahlbeteiligung der jungen Beschäftigten bei den anstehenden Personalratswahlen angeht. ■



dbb Info zum Umgang mit Cannabis

Cannabisbesitz und -genuss sind gesetzlich nicht legalisiert, sondern nur teilentkriminalisiert worden. Tatsächlich wurden lediglich die Mengen, die straffrei besessen werden dürfen, erhöht sowie der Anbau von maximal drei Pflanzen je Person im Eigenheim erlaubt. Außerdem dürfen sich Personen zum gemeinsamen Anbau in Vereinen zusammenschließen.

Um Missverständnisse und Fehleinschätzungen zu vermeiden, hat der dbb bund eine Broschüre „Cannabis im Beamtenverhältnis“ herausgegeben, die unter: <https://www.dbb.de/mediathek/fachpublikationen-und-flyer.html#c12863> heruntergeladen werden kann.

Sonderurlaub aus besonderen Anlässen

dbb berlin meldet Korrekturbedarf an

Der dbb berlin hat in einem Schreiben an Finanzsenator Stefan Evers eine ganze Reihe von Lücken in dem Entwurf neuer Ausführungsvorschriften für den Sonderurlaub aus besonderen Anlässen festgestellt und Nachbesserungen angeregt.

Besonders kritisch sieht der dbb berlin, dass ab 2026 weniger Kinderkrankentage gewährt werden sollen. Dieses Vorhaben stehe in krassem Widerspruch zu der politisch angestrebten besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und konterkariere die dringend notwendige Anwerbung von Personal. Stattdessen regt der dbb berlin an, das Lebensalter der zu berücksichtigenden Kinder von 12 auf 14 Jahre anzuheben.

Auch ist nicht alles schlüssig, was in dem Papier steht: So soll nur bis spätestens vier Wochen nach einer Geburt Sonderurlaub beantragt werden können, eine Zeitspanne, in der häufig noch nicht einmal die dazu benötigte Geburtsurkunde ausgestellt ist. Unverständlich ist für den dbb berlin auch, dass weiterhin beim Ableben von Großeltern kein Sonderurlaub gewährt werden soll, sogar wenn der Antragsteller diese gepflegt hat und für die Organisation der Beisetzung und so weiter verantwortlich ist. Mit nur einem Tag viel zu knapp bemessen ist nach Einschätzung des dbb berlin schließlich der Sonderurlaub für einen Umzug aus dienstlichen Gründen. Für Inlandszüge sollten stattdessen zwei Tage und für Umzüge ins Ausland drei Tage gewährt werden.

Positiv bewertet der dbb berlin dagegen die Übernahme des für gesetzlich krankenversicherte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits geltenden

Sondertatbestandes der Begleitung eines Kindes beim Krankenhausaufenthalt. Das Gleiche gilt für den Sonderurlaub zur Sterbebegleitung eines Kindes. Allerdings ist nicht zu akzeptieren, so der dbb berlin, dass in diesem Fall die Besoldung um 20 Prozent gekürzt werden soll. Auch rechtlich sei äußerst fragwürdig, dass hier eine Besoldungskürzung ohne vorherigen Parlamentsbeschluss greifen soll.

Hitzeschutz

dbb Appell zeigt erste Konsequenzen

Der Appell des dbb berlin, die Beschäftigten des Landes Berlin in den vom Senat geplanten landesweiten Hitzeaktionsplan einzubeziehen, ist nicht ohne Wirkung geblieben.

Die federführende Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege hat die Forderung des dbb berlin an die für das Personal zuständige Senatsverwaltung für Finanzen weitergeleitet, die Hitzeschutzmaßnahmen für ihr Ressort erarbeitet.

Tarifvertrag darf Inflationsausgleich während der Elternzeit ausschließen

Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hat den Antrag einer Klägerin auf Zahlung des vollen Inflationsausgleichs während der Elternzeit zurückgewiesen. Die zugrunde liegende tarifliche Regelung, wonach der Anspruch an einen mindestens eintägigen Entgeltbezug gekoppelt ist, sei nicht zu beanstanden, entschieden die Richter, weil der tarifliche Inflationsausgleich arbeitsleistungsbezogen ausgestaltet sei. In der Vorinstanz hatte das AG Essen noch anders entschieden.

Soweit Beschäftigte, die Krankengeld beziehungsweise Kinderkrankengeld beziehen, einen Inflationsausgleich erhalten, erfolge dies aus sozialen Gründen zur Abmilderung besonderer Härten. Für diesen Personenkreis hätten die Tarifvertragsparteien andere Regelungen vorsehen dürfen als für Beschäftigte in Elternzeit. Denn die Inanspruchnahme von Elternzeit sei anders als die eigene Erkrankung oder die eines Kindes im Regelfall planbar.

Die Kammer hat der Klägerin lediglich aufgrund einer Teilzeittätigkeit für den Monat Dezember 2023 einen Inflationsausgleich von 220 Euro zugesprochen.

Für die Höhe der Inflationsausgleichsprämie ist die am ersten Tag des Bezugsmonats vereinbarte Arbeitszeit maßgeblich.

Der von der Klägerin geltend gemachte Anspruch auf eine Entschädigung in Höhe von 8.000 Euro wegen unzulässiger Geschlechtsdiskriminierung (§ 15 Abs. 2 AGG) hatte keinen Erfolg, weil die Kommune die Klägerin nicht wegen des Geschlechts diskriminiert hat.

Das Landesarbeitsgericht hat die Revision zugelassen. Die betroffene Angestellte könnte sich also noch vor dem BAG gegen die Entscheidung wehren. ■

Dienstunfall „Wespenstich“

Ein Wespenstich kann durchaus alle Voraussetzungen eines Dienstunfalls erfüllen. Das hat das Verwaltungsgericht Berlin im Fall eines Lehrers entschieden, der aufgrund seiner Wespenallergie infolge eines Wespenstichs bei einem außerschulischen Arbeitstreffen verstorben ist. Der Witwe sprachen die Richter eine erhöhte Unfall-Hinterbliebenenversorgung zu.

Gegen das Urteil kann Berufung beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg eingelegt werden.



dbb Senioren im Abgeordnetenhaus

Wenn der Vorsitzende der Seniorenvertretung des dbb Berlin, Holger Schulz, die Mitglieder zu einer Exkursion lädt, dann dürfen sich die Teilnehmer gewöhnlich auf interessante Einblicke und Erfahrungen freuen.

So auch am 16. September als der haushaltspolitische und medienpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Christian Goiny, die Seniorengruppe im Landesparlament empfing.

Goiny, selbst dbb Mitglied, gab zunächst einen kurzen Überblick über die haushaltspolitische Lage der Hauptstadt, die seit der Coronapandemie durch zu hohe Ausgaben – zuletzt wies der Haushalt 43 Milliarden Euro aus – gekennzeichnet ist. Dieser Betrag müsse angesichts rückläufiger Einnahmen auf 38 Milliarden Euro zurückgeführt werden, erklärte Goiny. Das geht natürlich nicht ohne Schmerzen an der ein oder anderen Stelle ab. Der Senat sei jedoch bemüht, versicherte Goiny, Ersparnisse insbesondere durch Abstriche an Zuwendungen zu erzielen, deren Berechtigung im Laufe der Zeit eher fragwürdig erscheint. Auch die ausgeuferte Bürokratie, die beispielsweise bei der Vergabe vieler notwendiger Sanierungsmaßnahmen in Berlin Zeit und Geld kostet, will der Senat beschneiden.

An die Diskussionsrunde, bei der auch beamtenrechtliche und Tariffragen erörtert wurden, schloss sich eine Besichtigung des Ende des 19. Jahrhunderts als Sitz des Preußischen Landtags gebauten Gebäudes an, das heute das Abgeordnetenhaus beherbergt. Besonders eindrucksvoll ist in dem altehrwürdigen Bau der hochmoderne, aber ausgesprochen harmonisch eingefügte Plenarsaal. Bestaunen konnte die dbb Besuchergruppe auch die umfangreiche Gemäldegalerie, die Porträts der Ehrenbürgerinnen und -bürger der Stadt zeigt. Der besondere Charme der Ausstellung: Die Porträtierten konnten sich ihre Maler selbst aussuchen, sodass eine künstlerische Vielfalt entstanden ist, die der Verschiedenartigkeit

der abgebildeten Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft oder auch dem kulturellen Bereich entspricht.

Reichhaltiges Informationsmaterial über die Arbeit in der Landespolitik und speziell im Abgeordnetenhaus wird es den dbb Senioren schließlich erlauben, ihre Eindrücke aus dem Besuch des Landesparlaments noch weiter zu vertiefen.



Viele Künstler zählen zu den Berliner Ehrenbürgern: hier die Porträts von Daniel Barenboim, Wolf Biermann und Marlene Dietrich.



© Annemarie Wellige (3)

spanisch: Hurra!, Auf!	preis- geben; spenden	Kloster- vorsteher	leicht bitter oder sauerlich	Fußball- mann- schaft	deutsche Tennis- spielerin (Steffi)	Fußglied	türkische Wäh- rungs- einheit	Brust- stück an Hose, Kleid	See- manns- ruf	wie von Sinnen, verrückt	gehack- tes Schwei- nefleisch	
Aner- kennung	4	besitz- anzei- gendes Fürwort	3	Hinter- halt (auf der ... liegen)	7	End- punkt	oberster Teil des Getreide- halms	1	Körper- glied			
Herr- scher- stab	Industrie- stadt an Rhein und Ruhr	griechi- sche Vorsilbe: lebens-	ugs.: verblüfft		Frei- heits- strafe		6	Frage- wort		Winter- sport- gerät		
rau, grob				<p>Unsere Gewinner Je zwei Brillenputztücher haben gewonnen: Martin Dolla, 12559 Berlin Gerhard Utzig, 14089 Berlin Sylvia Roth, 13593 Berlin Hartmut Kreuzberg, 13127 Berlin Annette Oldenburg, 10315 Berlin Das Lösungswort war „Kapital“.</p>						5		
	11	tragbarer Stab mit offener Flamme						Hader, Streit	alleinig, aus- schließ- lich	schnell, ohne Stockung		
Heilver- fahren; Heil- urlaub				Antrieb, Ver- lockung								
Auskunft (Kurz- wort)	8	Affodill- gewächs, Heil- pflanze	männ- liches Borstentier		Opfer- tisch	Blech- blas- instru- ment						
Wange			ein Europäer	bibli- scher Stamm- vater	An- sprache, Vortrag	laut- malend für den Eselsruf	Zünd- schnur			10		
Spaß; Unfug		Foto- grafie oder Gemälde		Dring- lich- keits- vermerk			9	Schluck				
Weinglas			2	Oper von Verdi		Ab- wesen- heits- nachweis						
Kos- metik- artikel; Salbe			Gleich- klang im Vers		lieber, wahr- schein- licher			Witz, Scherz (eng- lisch)				

Taschenlampen zu gewinnen!

Rechtzeitig zu Beginn der dunklen Jahreszeit hat die HUK Coburg vier LED-Taschenlampen für die Gewinner unseres Preisrätsels ausgelobt. Nutzen Sie die Chance, ein Exemplar zu gewinnen, und schicken Sie das Lösungswort bis 15. Oktober 2024 an:

dbb berlin
 post@dbb.berlin
 Fax: 030 327 952-20

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



© dbb berlin

PREISRÄTSEL



Rechtsausschuss

Volle Unterstützung für den Justizvollzug!

Der Rechtsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat die von Justizsenatorin Felor Badenberg eingeleiteten Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten des Justizvollzugs nachdrücklich unterstützt.

In seiner Sitzung am 11. September hatte der Ausschuss die wachsende Gewalt gegen die Vollzugsbediensteten diskutiert – allein in den letzten Monaten waren 26 Straftaten verzeichnet worden – und die Arbeit der Beschäftigten gewürdigt, die einen wichtigen Beitrag für die innere Sicherheit, aber auch für die Resozialisierung der Inhaftierten leisten.

Der BSBD Berlin, der mit einer Delegation im Abgeordnetenhaus vertreten war, reagierte erfreut auf die breite politische Unterstützung durch das Parlament und die Senatsverwaltung für Justiz. „Das ist schon eine seltene und große gemeinsame Wertschätzung, die hoffen lässt, dass wir künftig bei wichtigen Themen für den Justizvollzug nicht allein dastehen“, kommentierte BSBD-Landeschef Thomas Goiny das Sitzungsergebnis. ■

„Elektronische Wohnsitzanmeldung“ ab Mitte Oktober?

Ab voraussichtlich Mitte Oktober soll sich in Berlin die Situation in den Bürgerämtern entspannen. Denn ab diesem Zeitpunkt soll nach dem Willen des Senats ein Onlinedienst die elektronische An- und Ummeldung von Wohnsitzen ermöglichen. Das Verfahren läuft digital und eine vorherige Terminvereinbarung ist nicht mehr notwendig. Sowohl Einzelpersonen als auch Familien mit deutscher oder EU-Staatsangehörigkeit können den Dienst flexibel und ortsunabhängig nutzen.

Die Wohnsitzanmeldung gehört mit jährlich circa 500.000 Anträgen zu den meistgenutzten und prio-

rierten Verwaltungsleistungen im Land Berlin. Insofern wird davon ausgegangen, dass eine rege Nutzung des Onlinedienstes die Terminalsituation in den Bürgerämtern verbessert und für mehr Spielraum bei der Terminvergabe sorgt.

Der Senat von Berlin hatte im August die Rahmenbedingungen für die elektronische Wohnsitzanmeldung beschlossen. Mit dem Onlinedienst setzt das Land Berlin ein komplexes Nachnutzungsprojekt einer Onlinedienstleistung aus Hamburg um. ■